Deutschland hat beim Verkehr die Nase vorn. Diesen schönen Satz glaubt inzwischen auch in den weich gepolsterten Vorstandsrestaurants der Autozentralen in Wolfsburg, Stuttgart und München niemand mehr. Wenn heute das ausgeklügeltste deutsche Ingenieurs-Know-How vor allem in SUVs zum Preis einer Vorstadtvilla fließt, dann stimmt etwas nicht mit dem Autoland. Dabei wird die Zukunft des weltweiten Verkehrs nach wie vor in Deutschland diskutiert. Das Weltverkehrsforum ITF, globaler Thinktank und eine Art Davos der Verkehrsplaner, tagt seit 2008 jedes Jahr in Leipzig. In diesem Jahr fiel das Forum coronabedingt ins Wasser. Veröffentlicht wurde aber ein interessanter Bericht mit Untersuchungen aus über 50 Ländern. Corona, so die erste Erkenntnis, hat die Verkehrsverbindungen in allen Ländern brutal abstürzen lassen. Zweitens, jetzt kommt die positive Botschaft, gibt es in vielen Städten eine nie gekannte Bereitschaft, die innovativen Verkehrsplaner endlich machen zu lassen, was sie immer tun wollten. An jeder Straßenecke ploppen neue Fahrradwege auf, es gibt Shared Space Areale, bunte Fahrbahnen für unterschiedliche Verkehrsteilnehmer, dicht begrünte Boulevards etc. Die Monostruktur der modernen Straße mit ihrer Raumverschwendung ändert sich, das Auto wird zurückgestuft als Teilnehmer unter vielen. Dass die improvisierte Bepollerung der neuen Fahrradwege – so die Beobachtung aus Berlin – auch zu einer gruseligen Attacke auf jede Form von ästhetischer Straßenraumgestaltung geworden ist, dass die frisch aufgestellten Schilderwälder zur Lenkung der Verkehre jede Form von Plakatwerbung wie Renaissancemalerei aussehen lassen, sei für den Augenblick geschenkt. Eines allerdings ist nicht zu akzeptieren: die um sich greifende Manie, ganze Stadtquartiere für den Durchgangsverkehr, also fürs Auto, komplett zu sperren. Zur Stadt gehören die ausgehandelten Konflikte. Wenn die innerstädtischen Stadtviertel nur noch für den Fahrradflaneur und die ansässigen Bewohner offen stehen, dann stirbt der eh schon massiv bedrohte Handel und die Stadt zerfällt in kuschelige Wagenburgen und Wohlfühlzonen.

Alles so lieb hier

Kaye Geipel
freut sich über die neue Straßennutzung und ärgert sich über Versuche, Stadtquartiere für Außenstehende zu sperren.

Text **Bernhard Schulz**

Chemnitz, die unbekannte Schöne

Kulturereignisse haben es in diesem Jahr besonders schwer: Sie finden nicht statt, jedenfalls nicht mit Publikum und Festatmosphäre. Halbwegs glücklich sind die Veranstalter, die ihre Vorhaben ins nächste Jahr verschieben können. Jubiläen aber lassen sich nicht transponieren. So feiern die Kunstsammlungen Chemnitz ihr 100-jähriges Bestehen – und es fehlt an Resonanz, in der Stadt selbst und darüber hinaus. Chemnitz leidet unter dem Aufmerksamkeitsdefizit seiner „gefühlten" Randlage jenseits von Leipzig und Dresden. Dabei will man dieses Jahr sogar einen europäischen Titel erringen, den der „Kulturhauptstadt Europas" im Jahr 2025. Ein Spaziergang durch Chemnitz

Vom Hauptbahnhof, den das Berliner Büro Grüntuch Ernst erweitert und zur Stadt hin geöffnet hat (Bauwelt 22.2017), ist es nicht weit bis zum Kunstmuseum. Die Kunstsammlungen Chemnitz feiern dieses Jahr 100-jähriges Jubiläum. Auch zuvor gab es schon museale Sammlungen in Chemnitz, das sich im späten 19. Jahrhundert als „sächsisches Manchester" einen bezeichnenden Ruf erworben hatte. Aber vor hundert Jahren nahm die Stadt, kurz nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg, ihre Verantwortung wahr und bekannte sich dazu, Kunst allen Bürgern gleichermaßen zugänglich zu machen. Ein Gebäude gab es bereits, es war das König-Albert-Museum am Theaterplatz. Das war im Jahr 1909 von Stadtbaurat Richard Möbius errichtet worden, der zugleich nebenan auch das Opernhaus entwarf. Zusammen mit der bereits 1888 in neugotischem Stil errichteten Petri-Kirche bildete das Museum die bauliche Fassung eines neuen Schmuckplatzes nahe dem vielgleisigen Hauptbahnhof. Der Theaterplatz – zu ihm kam 1930 noch das Nobelhotel „Chemnitzer Hof" hinzu – dient im Sommer als Bühne für Kulturveranstaltungen. Meistens ist er weit und leer. Das Zentrum der Stadt ist anderswo. Es ist dort, wo es historisch schon immer war, rund um das Rathaus, das mit seinem alten und seinem neuen Teil gut durch den Zweiten Weltkrieg gekommen ist. Im Ganzen war der Stadt solches Glück nicht beschieden. Das sächsische Manchester als Mittelpunkt des südsächsischen Industriereviers war Ziel schwerer Bombenangriffe der Alliierten. Nach der Enttrümmerung Anfang der 1950er Jahre war das Stadtzentrum ein Flickenteppich aus viel Freiraum und einigen stehen gebliebenen Bauten in mehr oder minder beschädigtem Zustand.

Die Nachwendezeit ab 1990 war charakterisiert durch den dramatischen Verlust industrieller Arbeitsplätze und, damit verbunden, durch einen spürbaren Bevölkerungsrückgang. Auf dem Spiel stand das Fortbestehen als bedeutende Großstadt. Einem bereits 1991 ausgelobten städtebaulichen Ideenwettbewerb folgte schließlich 1998 ein Rahmenplan für die Innenstadt, deren Struktur seit den 60er Jahren durch vielspurige Straßen im Sinne der „autogerechten Stadt" bestimmt war und ist. Diese Innenstadt im Kreis um das Rathaus-Ensemble bildete das Areal, auf dem neue Architektur als Westimport geschaffen wurde. Es entstand eine Shopping-Zone ganz nach westdeutschem Vorbild.

Zwanzig Jahre nach dem Aufbruch zu neuen Ufern haben sich die unterschiedlichen Bauten gewissermaßen aneinander gewöhnt und sind Teil des Stadtbilds geworden. Der tägliche Markt vor dem Rathaus, ein Gemisch aus Obstständen und Imbisswagen, gibt der weitläufigen Fußgängerzone das Gepräge eines notwendigen und nicht etwa inszenierten Betriebs. In der warmen Jahreszeit rahmen Kaffeehaustische das farbenfrohe Geschehen.

Der härteste Kontrast ist sicher jener zwischen dem gläsernen Kaufhausgebäude von Murph/Jahn, das mit der seitlich entlangführenden „Zentralhaltestelle" unter einem gläsernen Flugdach eine bauliche Einheit bildet, und der „Galerie am Roten Turm" von Hans Kollhoff, deren neu-neogotische Formensprache eine Vergangenheit beschwört, die doch diejenige von Chemnitz nicht ist. Da orientierten sich die Baumeister des Historismus im späten 19. Jahrhundert anders, indem sie sich für nicht-kirchliche Bauten an (deutsche) Renaissance und Barock als Ausdruck städtischer Bürgerkultur hielten. Kollhoff nimmt manche Gesten des nahen Rathauses auf, so die Arkaden im Erdgeschoss und die Loggia droben. Interessanterweise entschied sich Kollhoff gegen den ortsüblichen, zumal in der Zwischenkriegszeit gern gebrauchten Backstein und verkleidete seine Einkaufsgalerie in Terrakotta. Schräg gegenüber schließt das Textilkaufhaus von Christoph Ingenhoven an, das mit einer geschwungenen und mehrfach gestaffelten Glasfassade auf sich aufmerksam macht. Eine Mittelstellung – wenn man so will – nehmen Gesine Weinmillers „Rosenhofarkaden" ein, die in ihrem Namen auf ein älteres Ensemble aus DDR-Zeiten verweisen und mit der strengen Rechtwinkligkeit ihrer Einzelelemente ein Moment der Ruhe in die heterogene Umgebung bringen.

Die Galerie Roter Turm mit der von Hans Kollhoff entworfenen Fassade. Foto: wikimedia/Sandro Schmalfuß

Entlang der anderen Straßenseite der Zentralhaltestelle zeigt sich das frühere Chemnitz mit der mächtigen Sandsteinfassade des ehemaligen Kaufhauses „Tietz", ein Bau von Wilhelm Kreis aus dem Jahr 1913 und in den 1920er Jahren erweitert. Im Inneren ist es nach Jahren des Weiterbetriebs als Kaufhaus vollständig umgebaut und firmiert seit 2004 als Kulturzentrum unter dem Namen „Das Tietz" – wobei die im Krieg zerstörte Gebäudehälfte weiterhin als Leerfläche kenntlich geblieben ist. Das Pendant zum Tietz-Warenhaus, und zu DDR-Zeiten gemeinsam mit diesem als „Centrum"-Warenhaus betrieben, war das Kaufhaus Schocken.

Dieser 1930 eröffnete Bau nach dem Entwurf von Schockens Hausarchitekt Erich Mendelsohn erinnert an die baugeschichtlich fruchtbarste Zeit der Stadt. Chemnitz nennt sich seit einiger Zeit „Stadt der Moderne" und geht mit diesem

Markennamen in den Wettstreit um die Nominierung als „Kulturhauptstadt Europas“ – ein Titel, der 2025 turnusmäßig einer deutschen Bewerberin zusteht. Nach dem bisherigen und von der Corona-Pandemie noch unveränderten Zeitplan soll die Vorstellung vor der europäischen Jury und die Nominierung Ende Oktober erfolgen. „Wenn wir den Titel gewinnen, ist es DAS Konjunkturprogramm für Chemnitz“, heißt es unverblümt auf der entsprechenden Website der Stadt. Nun gilt dieser Satz für etliche Kandidaten der Kulturhauptstadt-Würde, aber die Offenheit, mit der Chemnitz den erhofften wirtschaftlichen Nutzen benennt, ist sympathisch. Unter den aufgelisteten positiven Auswirkungen sticht eine ins Auge: „Diese positive Entwicklung wird junge Menschen in der Region halten. Sie gehen nicht nach Dresden, Leipzig oder Berlin.“

Nun bleiben junge Menschen gewiss nicht wegen des baulichen Erbes in einer Stadt; aber für deren Atmosphäre ist ein solches Erbe unendlich wichtig. Ob es darum klug war, aus dem aus jedem Architekturgeschichtsbuch bekannten Bau des „Schocken“, dessen rasante Rundung mit der überbreiten Straßenanlage der DDR-Zeit leider seine Notwendigkeit verloren hat, das Archäologiemuseum des Landes Sachsen zu machen, sei dahingestellt (Bauwelt 23.2014). In den für ein Kaufhaus erstaunlich niedrigen Geschossen hätte eine Volkshochschule oder Bibliothek womöglich mehr Publikumszuspruch generieren können. Auch der – an Rang nicht vergleichbare, aber als Nutzarchitektur sehr ehrenwerte – Bau der Stadtsparkasse von 1930, der nun als Museum Gunzenhauser eine für die Stadt gewonnene, bedeutende Kunstsammlung beherbergt, hat mit der Lage auf einem spitzwinkligen Grundstück zwischen zwei Autostraßen zu kämpfen. Der Umbau des Hauses durch Volker Staab, gerühmt für seinen zurückhaltenden Umgang mit vorhandener Substanz, hat der Kunstsammlung mit ihren Gemälden der Klassischen Moderne ideale Hängeflächen geschaffen. Wenn das Gebäude nur etwas mehr Freifläche vor und um sich hätte, um in seiner neusachlichen Schönheit von 1930 ganz erfasst zu werden!

Es gibt etliche Bauten aus dieser Zeit zu entdecken: das Stadtbad, die Schulbauten aus dunklem Backstein, die Fabrikbauten. Ein Gebäude muss noch erwähnt werden: die ehemalige Elektro-Umformerstation am einstigen Getreidemarkt von Friedrich Wagner-Poltrock, ebenfalls 1930 fertiggestellt. Der Bau der „Weißen Moderne“ hat später manche Verunstaltung erfahren, ist aber 2012 in den Ursprungszustand zurückversetzt worden. Als Jugendherberge der Stadt setzt er an dieser von Brachflächen gezeichneten Stelle der Stadt ein lebhaftes Ausrufezeichen. Chemnitz braucht es.

Das Symposium „Re:Forum – Trieste 2020“ beschäftigte sich mit „Architecture and Urban Design Post-Corona“

Corona-Charta

Text **Astrid Rappel**

Noch gehört Corona nicht der Vergangenheit an; der Titel der Konferenz „Architecture and Urban Design Post Corona“, die Anfang September in Triest stattfand, scheint also nur teils treffend. Nichtsdestotrotz: Vielleicht ist sie eine der ersten Veranstaltungen, die analog seit dem Lockdown stattfinden konnte, in einem von den Ereignissen noch gezeichneten Land. Die Wahl war nicht nur deshalb auf Triest gefallen, weil zwei der vier Organisatoren, Giulia Decorti und Peter Lorenz, der Stadt verbunden sind, sondern auch aufgrund deren enormen Entwicklungspotenzials und architektonischen Wertes – verkörpert auch im Veranstaltungsraum selbst: dem Androna Campo Marzio 8, einer ehemaligen Industriehalle im Stadtzentrum.

Gemeinsam mit Christian Kühn und Harald Trapp (Kuratoren des österreichischen Pavillons auf der Biennale in Venedig 2014) hatten Decorti und Lorenz die Corona-Krise zum Anlass genommen, um sich ein ehrgeiziges Projekt auszudenken: Unsere Art zu planen grundlegend zu hinterfragen und nach architektonischen und städtebaulichen Strategien für eine gerechte Verteilung von Raum zu suchen. Vorbild dieses Vorhabens war die Architektengruppe Team X (1953–1981), die aus dem 9. CIAM-Kongress hervorging und die Funktionstrennung von Wohnen, Arbeiten, Freizeit und Verkehr im Städtebau heftig kritisierte. Die Triester Initiative schließt sich ihren Absichten an und möchte in die Fußstapfen der Gruppe treten: nicht als einmaliges Zusammentreffen, sondern als beständige Bemühung um mehr Gerechtigkeit in der Gesellschaft.

Im dreitägigen Symposium lieferten 17 renommierte Architektinnen und Architekten, Philosophen, Soziologen, Stadtplanerinnen und Planer aus verschiedenen europäischen Ländern einen höchst spannenden Startbeitrag: Sie stellten jeweils ein spezifisches Thema vor und leiteten Thesen daraus ab, wie Architektur und Stadt in einer ethischeren, nachhaltigeren und innovativeren Art gedacht und konkretisiert werden können. Die Ergebnisse der abschließenden Diskussionsrunde flossen in einen „Anforderungskatalog für eine gerechtere Gesellschaft“. Seine genaue Form – Brief oder gar eine „Charta von Triest“ – blieb zwar bis Ende der Veranstaltung offen, klar war aber allen Teilnehmenden: Diese fruchtbare Diskussion muss sich fortsetzen und gestreut werden, vor allem aber in Konsequenzen münden, der These des Architekturphilosophen Martin Düchs folgend: „Good intentions are not enough!“

Die Veranstaltung der Architekturstiftung Österreich fand Anfang September in einer ehemaligen Industriehalle statt. Die vier Organisatoren Giulia Decorti, Christian Kühn, Harald Trapp und Peter Lorenz (von links nach rechts).
Foto: Nicole Bernardon

Leserbriefe

Epidemiologie, urbane Proxemik und Städtebau
Stadtbauwelt 227, 13.2020, Seite 70

Der im Beitrag von Sascha Roesler erwähnte Thermenpalast ist nicht von Hans Poelzig, sondern von dem Berliner Architekten Karl Stodieck in Zusammenarbeit mit J. Goldmerstein entworfen worden. Stodieck war Professor an der Technischen Hochschule Berlin-Charlottenburg und wurde 1958 von der TU Berlin zum Ehrensenator ernannt. Von Stodieck stammen in Berlin mehrere herausragende Industriebauten, wie die Maschinenfabrik Fritz-Werner-Werk in Berlin-Marienfelde (1917), die Carl Lorenz AG in Berlin-Tempelhof (1918) und die C. J. Vogel Draht- und Kabelwerke AG in Berlin-Köpenick (1921). Der Thermenpalast-Entwurf ist in detaillierter Form dokumentiert. Die Projektentwicklung ging damals von einem hohen sozialen Anspruch aus

> Hans Poelzig hat eine Anzahl gekonnter Zeichnungen beigetragen

und erfolgte über mehrere Jahre unter Beteiligung namhafter Professoren und Fachleute sowie führender Wirtschaftsunternehmen der unterschiedlichen Fachdisziplinen. Hans Poelzig ist unter den Mitarbeitern genannt und hat eine Anzahl gekonnter Zeichnungen beigetragen. Einen kurzen Abriss von Leben und Werk von Karl Stodieck gibt der Aufsatz von A. Busch „Luckenwalde – Zwei Industriebauten der 1920er Jahre von Karl Stodieck“, erschienen in „Brandenburgische Denkmalpflege 2019_2“.

Axel Busch, Architekt, Berlin

Wofür steht das Berliner Schloss?
Bauwelt 14.2020, Seite 1

Im Editorial zum Wiederaufbau des Berliner Schlosses als Humboldt Forum wird die Franco Stella-Berliner Schloss Humboldt-Forum-Projektgemeinschaft, wie sie korrekt heißt, kurz FSPG, ein „merkwürdiges Planer-Konstrukt“ genannt. Das Bild dieser pejorativen Umschreibung möchten wir gerne korrigieren.

Die FSPG ist eine in 2009 eigens für die Erbringung der Planungstätigkeiten in den Leistungsphasen 2–9 zum Bauvorhaben Berliner Schloss-Humboldt-Forum gegründete Projektgemeinschaft. Partner der Gemeinschaft sind: Franco Stella Architetto, Hilmer & Sattler und Albrecht und die bmb Baumanagement Berlin GmbH (vormals gmp Generalplanungsgesellschaft). Anlass und alleiniges Ziel der Projektgemeinschaft ist die Planung des Berliner Schloss-Humboldt-Forums in Berlins historischer Mitte nach Entwurf von Franco Stella, dem einstimmigen Sieger des Realisierungswettbewerbs. Die Aufgabenverteilung innerhalb der FSPG entspricht einem in Berlin gängigen Modell. Franco Stella und Hilmer & Sattler und Albrecht bearbeiten in Personalunion die Planung der Leistungsphasen 2–5. Das Baumanagement Berlin ist zuständig für die Leistungsphasen 6–9 sowie für die Terminplanung und das Baukostenmanagement.

Wie bei jeder Zusammenarbeit von Partnern hängt es von der grundsätzlichen Bereitschaft der Protagonisten zur Zusammenarbeit ab, ob am Ende das Ziel erfolgreich geschafft wird oder nicht. An erster Stelle steht, dass es bei den drei Partnern, im Gegensatz zu Teilen des kollegialen Umfelds, keinen grundsätzlichen Zweifel an der Aufgabe gibt. Der Entwurf von Franco Stella hat auf die politisch und gesellschaftlich formulierte hybride Aufgabe eine überzeugende architektonische Antwort gegeben.

In der Anfangszeit der Projektgemeinschaft musste einiges an Aufwand betrieben werden, um die Partner, wie nach einem Blind Date, zusammenzuführen. Es mussten kulturelle und planungskulturelle Unterschiede überbrückt werden. Im Beitrag von Volkwin Marg wird diese Anfangszeit angerissen. Leider wurde aus dem Beitrag von Christoph Sattler ein Abschnitt gekürzt, in dem ein weiterer, wichtiger, „softer“ Aspekt der Zusammenarbeit hervorgehoben

> Wie nach einem Blind Date mussten die Partner zusammengeführt werden

wird. Zitat: „Der wichtigere Punkt ist jedoch: Mit Staunen und Dankbarkeit betrachte ich die charakterliche Elastizität und die Intensität der Personen unserer Planungsgruppe“. Auf dem Höhepunkt der Planungstätigkeit in der LP 5 haben fast 30 Architekten aus 12 verschiedenen Nationen gemeinsam und aus Überzeugung an diesem Projekt gearbeitet. Ein bemerkenswertes Planer-Konstrukt.

Herman Duquesnoy, Projektleitung FSPG, Berlin

„Streitfall Garnisonkirche“
Bauwelt 12.2020, Seite 20

Als evangelischer Pfarrer und Kritiker dieses unrühmlichen Projekts kann ich Ihnen nur gratulieren. Genau genommen ist dieses Heft eine politische Sensation auf höchstem Niveau. Ich gehöre wie viele andere Christen und Kirchenmitglieder zu den mehr als 800 Unterzeichnern des am 1.9. 2014 erfassten Aufrufs der Initiative “Christen brauchen keine Garnisonkirche” (www.christen-brauchen-keine-garnisonkirche.de/erklaerung), zu der auch namhafte Ex-DDR-Theologen und Regimegegner wie Friedrich Schorlemmer, Heino Falcke und Heiko Lietz gehören.

Kurt Kreibohm, Pfarrer, Berlin

Durchbruch.Aufbruch?
Bauwelt 16.2020, Seite 26

Enrico Santifaller polemisiert gegen unsere Petition zu den städtischen Bühnen Frankfurt, indem er dem Leser wichtige Informationen vorenthält, Tatsachen verzerrt und auch mit Unterstellungen operiert. Er feiert einen angeblichen Durchbruch der Kulturdezernentin mit ihrem Konzept einer Kulturmeile, doch verschweigt er, dass nach Präsentation des Konzepts bekannt wurde, dass das hierfür vorgesehene Grundstück an der Neuen Mainzer nach Auskunft seines Eigentümers und Nutzers nicht zur Verfügung steht. Von einem Durchbruch kann keine Rede sein, auch wenn diese Lösung in städtebaulicher Hinsicht durchaus Qualitäten hätte.

Der Autor ignoriert eine wesentliche Argumentation unserer Petition völlig: Seit 2011 befasst sich die Stadt Frankfurt mit der Zukunft ihrer Städtische Bühnen und hat dafür fast zehn Millionen Euro Planungskosten ausgegeben. Doch es gibt bis heute kein Konzept für den Spielbetrieb und das Theater. Es soll für eine Milliarde Euro ein Neubau entstehen, aber was die Nutzungsplanung betrifft, so hat die Unternehmensberatungsagentur M.O.O.CON das Raumprogramm von 1955 fortgeschrieben. Alter Wein in neuen Schläuchen. Aber die Stadtgesellschaft heute ist eine andere, und es wäre dringend nötig, darüber nachzudenken, wie ein Stadttheater in den kommenden Jahrzehnten arbeiten sollte und was für Räume es benötigt. Der Autor möchte lieber wie die Kulturdezernentin den Eindruck erwecken, die Initiatoren und Unterzeichner der Petition hätten als „Historisten 2.0“ von Theater keine Ahnung und kritisierten die Rolle der heutigen Intendanz zu Unrecht. Was ist aber davon zu halten, dass die Opernintendanz erfolgreich darauf bestehen kann, für einen Interimspielbetrieb von einigen Jahren ihren Repertoirebetrieb

mit ihren jetzigen Bühnenbildern unverändert fortsetzen zu können, was für die temporäre Ersatzspielstätte die zweitgrößte Drehbühne der Welt erfordert mit Kosten von 70 Millionen Euro? Diese Kosten führen dann zu dem konstruierten Sachzwang, den Standort zu wechseln, da keine Kosten für ein Interim anfallen. In den letzten Jahren sind im In- und Ausland viele Häuser saniert worden, bei keinem Projekt wurde eine temporäre Drehbühne gefordert und realisiert. Und üblicherweise ist der alte Standort auch der neue.

Die Petition hat nicht für den Kompletterhalt plädiert, sondern für die Bewahrung der denkmalrelevanten Teile. Dass diese stadtbildprägend waren und sind und eine wichtige Epoche konzeptuell überzeugend verkörpern, wird niemand bestreiten wollen, auch wenn Herr Santifaller nicht darauf verzichtet, auf unbestrittene Mängel der vielfach umgebauten Gesamtanlage hinzuweisen, um die Frage von Denkmalwert generell in Zweifel zu ziehen. Ironischerweise kommt dem Autor, nachdem er sich an der Petition abgearbeitet hat, zu einem Vorschlag, der ganz der Petition entspricht: „ein Haus am alten Standort belassen und jenes ‚demokratische Signal der Transparenz', das der ABB-Bau zweifellos zeigt, fortschreiben und im Sinne der Denkmalpflege transformieren". Nie ging es uns darum, den Bestand zu sakralisieren und in seinem

Weiterbauen und transformieren ist innovativer als das stete Tabula rasa

Status quo einzufrieren. Doch in der Frankfurter Debatte herrscht noch eine Stadtmarketing-Denke der 1990er, welche ikonische Leuchttürme von Stararchitekten für innovativ hält. Für die „Denkmalpflege" bedeutet, den Bestand abzureißen und von einem Stararchitekten eine neue Glaskiste bauen zu lassen, deren Transparenz an das alte Foyer erinnern soll. Das heute aber Konzepte des Weiterbauens und des Transformierens eines Gebäudebestands innovativer sind als das stete Tabula rasa, ist jenseits der Fantasie von Intendanz und Kulturpolitik.

Dazu gehört auch die gezielte Diskreditierung jeglicher Bestandslösung durch die Stabsstelle der Stadt Frankfurt, deren Leiter Micheal Guntersdorf, zuvor Projektleiter der „Neuen Altstadt" aus seiner tiefen Abneigung des Nachkriegsbaus keinen Hehl macht. Kosten für einen Neubau werden durch Auslassung ganzer Kostengruppen (Baugrundstück, Freimachung, Erschließung und Außenanlagen) klein gerechnet, Bestandslösungen durch einen dreifachen Risikoaufschlag und überteuerte Interimslösungen groß gerechnet. Und die angeblich entscheidungsbegründenden Gutachten sind überwiegend unter Verschluss und waren auch den Abgeordneten nicht bekannt. Dazu hat Herr Santifaller offenkundig keine Nachfrage gestellt. Die einzige Frage, die er in Vorbereitung des Artikels an den Verfasser dieser Zeilen richtete, war, wo er seinen privaten Wohnort habe. Ich frage mich, ob der Autor die richtigen Fragen stellt.

Philipp Oswalt, Architekt, Berlin

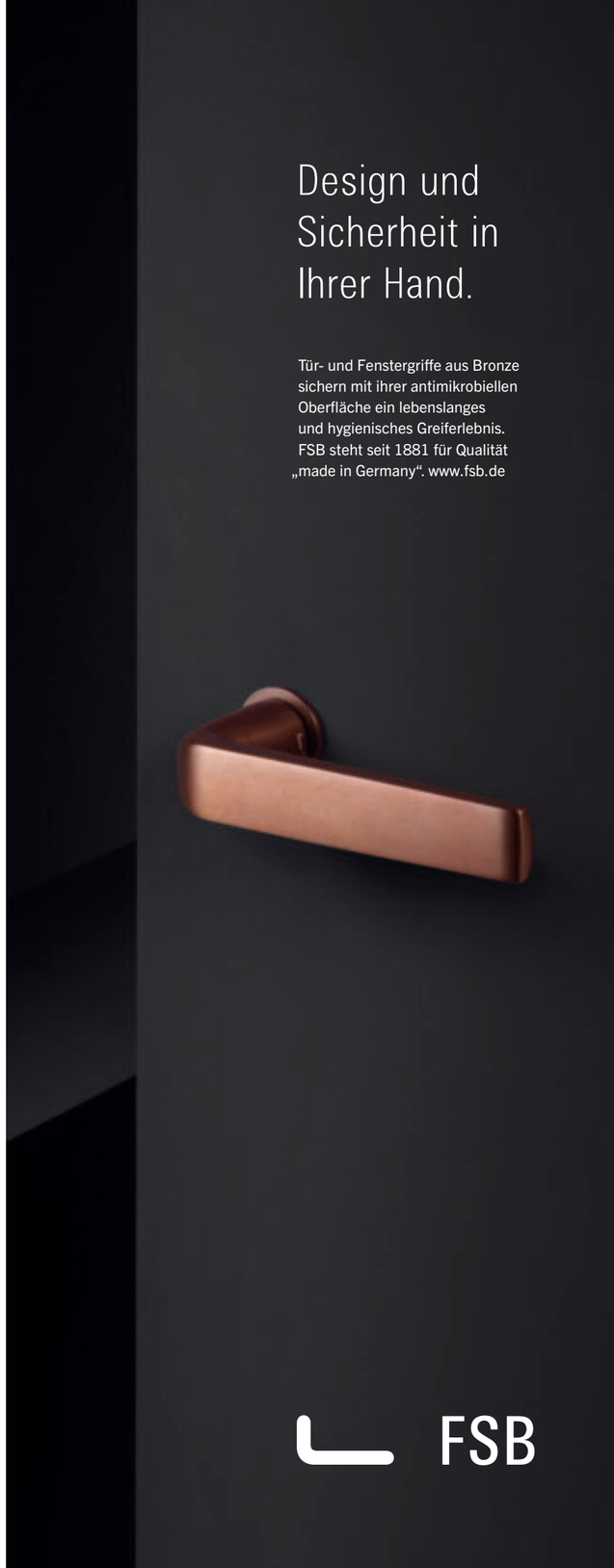
Mehr als Provinz
Bauwelt 7.2020, Seite 6

Über die Berichterstattung infolge des 12. Regionalsalons an der TH OWL Detmold habe ich mich gefreut, dennoch sind sowohl meine Kollegen und Kolleginnen als auch ich irritiert von der Darstellung meines Vortrags und bitten um Korrektur. Dies hat mehrere Gründe: 1. Mit großer Verwunderung lese ich, dass ich angeblich auch über Naturschutz referiert hätte. Das trifft nicht zu. 2. Dafür verkürzt der Redakteur das von mir – stellvertretend für elf deutsche Planungsfakultäten – über fünf Minuten vorgestellte Kooperationsprojekt „Fachlicher Nachwuchs entwirft Zukunft" im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik kontextlos auf „Winterschule 2018". Sehr schade für alle Kollegen und Kolleginnen und Studierenden, die ein Jahr daran mitgearbeitet hatten. 3. Ich persönlich möchte mein Bedauern ausdrücken, dass neben dem schnippigen Kommentar von Herrn Hauptmeyer an mich insbesondere der Eindruck über meinen Vortrag hängen blieb, „als sei dies die erste Beschäftigung von Forschern mit Fragen der Dorfentwicklung [...] überhaupt gewesen." Beides in Kombination würdigt unsere Arbeit herab und stellt die Ergebnisse des bundesweiten Kooperationsprojektes in ein fragwürdiges Licht. Wenn dem Redakteur an einem „generationsübergreifenden Wissensaustausch" in der Disziplin der Planung gelegen ist, dann hätten für die Seitenhiebe wenigstens die leicht im Internet nachlesbaren Projektergebnisse des Kooperationsprojektes noch mit einem Verweis in dem Artikel als diplomatischer Ausgleich erscheinen können (www.depositon-ce.tu-berlin.de/bitstream/11303/ 7763/3/produktive_provinzstadt.pdf).

Felix Bentlin, TU Berlin

Rückkehr in den Alltag
Bauwelt 17.2020, Seite 14

Sie haben einen fundierten Blick in unsere Stadt geworfen und sich nicht durch unrühmliche Vorurteile wie „Hitlerstadt", „Neonazi-Pilgerort" etc. beeinflussen lassen. Leider passiert das sehr oft – wir sprechen öfter mit Journalisten aus aller Welt, versuchen aufzuzeigen, dass wir hier in Braunau nicht alle fragwürdiges Gedankengut in unseren Köpfen herumtragen, es gelingt zwar persönlich, aber in den letztlich veröffentlichten Beiträgen nur selten, die „Story" muss eben eine andere sein, so hat man das Gefühl.

Umso mehr freut mich, dass Sie ein gutes, reelles Bild von Braunau gezeichnet haben – mit den wirklichen Problemen und Facetten, die die Auseinandersetzung mit dem Hitlerhaus in Braunau mit sich bringt. Nicht architektonisch, sondern eben genauso wie Sie schreiben: Es dreht sich alles mehr um grundsätzliche Fragen von Geschichte und Politik. Auch der Artikel von Ulrich Brinkmann in Heft 18/2018 ist äußerst interessant, schon alleine die Aussage, es sei unfair, die Stadt immer wieder mit diesem einen Objekt in Verbindung zu bringen, und es gäbe auch genug andere Themen, über die sich mit Blick auf ihre Entwicklung sprechen ließe, hat mich – wie es sein soll – zum Weiterlesen animiert.

Magdalena Lagetar,
Redaktionsleitung Braunauer Warte am Inn